

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

## Geheimpaß!

### Französisch-belgisches Bündnis gegen Deutschland — trotz Locarno!

Das „Mitredliche Dagblat“ ist durch besondere Umstände in den Besitz eines französisch-belgischen Militärpaares aus dem Jahre 1920 gelangt und bringt eine diesbezügliche internationale Veröffentlichung, die geeignet ist, größtes Aufsehen herbeizuführen. Die belgische Regierung hat bis zur Stunde das Bestehen dieses belgisch-französischen Abkommens, das sich gegen Deutschland, Holland und Italien richtet, nicht demontiert. Holländische Blätter zufolge bezieht das Geheimabkommen folgendes:

1. Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Belgien seine gesamte Macht zur Verfügung stellen.
2. Belgien verpflichtet sich, eine Mindestzahl von 600.000 Mann halb aktiver, halb Reserve- und Mobilisierungs-Truppen zur Verfügung zu stellen.
3. Die Truppen beider Länder werden gleichzeitig einmarschieren und den Befehl über die Weite begeben, das Deutschland gegenwärtig in den Niederlanden und Belgien gegen die gemeinsame Front zu kämpfen.
4. Die Generalstabs der beiden Länder werden stets die nötige Fühlung für die Vorbereitung dieser Maßnahmen unterhalten und mindestens einmal im Jahre zu Besprechungen über das Abkommen zusammenkommen.
5. Das Abkommen gilt für 25 Jahre mit einjähriger Kündigung und wird bei Nichtkündigung automatisch um weitere 25 Jahre verlängert. Beide Länder verpflichten sich, kein Militärabkommen einzugehen und keinen diplomatischen Akt zu unterzeichnen, der dieses Abkommen aufheben würde. Im Falle eines Krieges wird kein Einzelkrieg geschlossen.
6. Der Wortlaut dieses Abkommens ist streng geheim zu halten.

Die holländischen Zeitungen bemerken hierzu, daß die Frage des Geheimabkommens höchstens im Parlament erörtert werden würde, da der Antwerpener Bürgermeister eine Interpellation darüber einbringen wollte.

In den von den französischen und belgischen Generalstäben aufgestellten „Interpretationsbestimmungen“ wird dem „Mitredliche Dagblat“ zufolge zunächst ein Hinweis auf das englisch-belgische Abkommen vom 7. Juli 1927 ausgedrückt, daß sich die möglichen Gegner Belgiens auf Deutschland und Holland und die möglichen Gegner Frankreichs auf Italien und Spanien beschränken sollen. Aus den Bestimmungen geht weiter hervor, daß auch die englische Beteiligung an dem Pakt vorzuziehen ist.

Es werden dann in ausführlicher Weise Verhandlungen erwähnt, die im Jahre 1920 zwischen Frankreich, Deutschland und Holland oder mit Italien ausgeführt, wobei u. a. ein Einfall in das Ruhrgebiet, ein Einmarsch in holländisch-Flämische sowie ein gemeinsames Operieren in holländisch-Flämischen in Aussicht genommen werden. Weiter werden noch Einzelheiten über die Kriegspolizei der französischen und belgischen Armeekorps und die Artillerie, die von dem Ausbau von Eisenbahnlinien für militärische Zwecke festgelegt.

## Berlin fordert Aufklärung!

### Locarno ein Fehden Papier?

Die Veröffentlichung des französisch-belgischen Militärpaares hat in Berlin außerordentlich überaus Aufsehen erregt. Man erklärt dort an zuständiger Stelle, schon seit 1920 ist es bekannt gewesen, daß zwischen Frankreich und Belgien ein Geheimabkommen militärischer Art bestesse. Vorläufig könne man aber noch nicht glauben, daß die außerordentlich bedeutungsvollen Ausführungsbestimmungen erst nach Abschluß des Locarno-Paktes zustande gekommen seien. Lebensfalls erwartet man, daß die Reichsregierung Aufklärung fordern wird.

Aus den ausländischen Pressekommentaren muß festgestellt werden, daß man weder in Frankreich noch in Belgien das Abkommen als geheim demontiert hat. Ein Teil der französischen Presse freuet sich das Bestehen des Abkommens an und erdreistet sich sogar, von einem deutschen „Schwänzen“ zu sprechen. Die belgischen Zeitungen enthalten sich nach einer Zeitungsnotiz. Auch die belgischen Blätter schweigen bis zu einem gewissen Grade. Ein offizielles Dementi ist in Brüssel gleichfalls noch nicht ausgegeben worden. Die englischen Blätter berichten, soweit sie überhaupt Stellung zu dem Pakt nehmen, daß das Militärabkommen schon seit 1920 bekannt sei und aus dem damaligen Berichtungen heraus begriffen werden könne. Man glaubt aber nicht daran, daß nach Abschluß

des Locarno-Paktes die weittragenden Auslegungsbestimmungen fertiggestellt worden seien. Wenn das aber dennoch der Fall sei, so könne man dies gut verstehen, denn derartige Abkommen seien zwischen den Generalstäben durchaus üblich!

Um endgültig Stellung nehmen zu können, wird man die weitere Entwicklung und vor allen Dingen die Klärung abwarten müssen, ob der veröffentlichte Text den Tatsachen entspricht. Ist das der Fall, und das Schweigen in Paris und Brüssel scheint das zu bestätigen, dann liegt hier ein Verstoß gegen das Locarno-Abkommen sowohl dem Geiste wie auch dem Buchstaben nach vor. Auch der Völkerverband, dem alle derartigen Abkommen zur Registrierung übergeben werden müssen, weiß dann nichts davon, so daß also auch gegen den Völkerverband ein Verstoß vorliegen würde. Die Geheimhaltung des Abkommens bezeugt dann klar und deutlich, daß es sich hier offenbar um Kriegsmassnahmen handelt, denen Deutschland und Holland, möglicherweise auch Spanien und Italien ein Opfer fallen sollten. Man wird erwarten können, daß bei der kommenden Ratstagung der ganze Pakt behandelt werden wird.

## Das Geheimabkommen

Auf das von holländischen Blättern veröffentlichte Geheimabkommen zwischen Frankreich und Belgien sind die Dementis aus Paris und Brüssel prompt eingetroffen. Daß diese Dementis vollkommen müßig, war klar. Man hat in der letzten Zeit viele Entschuldigungen erlebt, die immer zunächst ein Dementi auf dem Tische nach sich zogen, bis dann weitere Enthüllungen und weitere Veröffentlichungen diese Dementis Stück um Stück zumontierten. Daß auch diesmal der Gang der Ereignisse wahrscheinlich die Richtigkeit der veröffentlichten Abmachungen erweisen wird, geht allein schon aus dem Wortlaut der Brüsseler Meldungen hervor. Diese weisen zwar ihrerseits, ebenso wie die in Paris herausgegebenen amtlichen Verlautbarungen darauf hin, daß die im Jahre 1920 zwischen Frankreich und Belgien getroffenen Vereinbarungen ordnungsgemäß dem Völkerverband zur Kenntnis gebracht worden seien. Andererseits weisen sie aber auch ein, daß der wesentliche Teil dieser Vereinbarungen nämlich die Abmachungen zwischen den französischen und belgischen Generalstäben, den Charakter eines Geheimabkommens tragen und also der Genfer Organisation natürlich nicht unterbreitet worden sind.

Wir kennen derartige Vereinbarungen zwischen Generalstäben zur Genüge aus der Zeit vor dem Kriege. Gerade solche, hinter dem Rücken der Politiker abgeschlossene Abkommen haben sich als verhängnisvollste Dreibünde zum Ausbruch des großen Weltkrieges geführt. Für die Politiker sind derartige Abmachungen ungemüßig. Sie können sie jederzeit als unbekannt demontieren und abschließen, wodurch jedoch ihr Verhalten in der Welt aus der Welt geschwunden wird. Gerade aus den letzten Vorkriegszeiten und aus den Kriegsjahren ist in allen Ländern zur Genüge bekannt geworden, was es bedeutet, wenn die geheime Sonderdiplomatie der Militärstäbe die offizielle Politik der Länder überstattet und nach und nach auf Wege treibt, an die die eigentlichen, verantwortlichen Leiter der Länderverwaltungen nicht gedacht haben.

Was in dem nunmehr entpülten belgisch-französischen Abkommen das interessante ist, das ist die Tatsache, daß in einem Augenblick, in dem durch die Locarno-Verträge und den Kellogg-Pakt neue Wege zur Sicherung des Friedens gesucht werden, die ausschlaggebenden militärischen Stellen zweier großer europäischer Mächte ihre Schritte gegen die über alle Friedensbemühungen der Regierungen hinweg durch das starke Beweisen, daß sie an den alten Methoden unverändert festhalten und also auf dem Wege derartiger Geheimabkommen da erneut Konfliktstoffe und Konfliktmöglichkeiten schaffen, wo alles andere sich bemüht, diese aus der Welt zu schaffen und ihnen entgegen zu stellen, falls doch eines Tages schwere Reibungen entstehen sollten, ihre alte Schwärze durch Schiedsverträge und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zu nehmen.

Es ist gerade dieser Umstand, der dazu zwingen wird, daß man sich in der gesamten internationalen Öffentlichkeit sehr eingehend mit dem Text dieser Abmachungen beschäftigen muß. Wenn Frankreich und Belgien ihre Abmachungen auch wieder einmal in der Öffentlichkeit herbeizuführen in erster Linie gegen das durch den Völkerverband zu einem militärischen Zwergendeckel verurteilte Deutschland gerichtet haben, so ist doch der ganze Geist, der aus diesen Abmachungen spricht, ein derartig heimtückisches Attentat gegen die Friedensbemühungen der offiziellen Politik, daß man in seiner Verleugnung genug davon Abstand nehmen kann. Hier werden gegen militärische Vereinbarungen getroffen, die alle Stipulationen der Völkerverbandsakte rück-

sichtlich über den Haufen rennen, alle jene Stipulationen, die durch die Einleitung von Geheimabkommen und bestimmten Kreisen dahin wirken wollen, daß dem Ausbruch irgendwelcher Feindseligkeiten eine genügende Zeitpause und genügende Reaktionsmittel vorangestellt sind, um die erregten Gemüter wieder zur Ruhe kommen, um einen schließlich friedlichen Ausgang des Konfliktes möglich werden zu lassen.

Trotz aller französischen und belgischen Dementis wird also die internationale Öffentlichkeit nicht umhin können, sich in Paris und Brüssel nach weiteren offiziellen Mitteilungen anzusehen. Die holländischen Blätter, die den Wortlaut der Geheimdokumente veröffentlicht haben, haben außerdem die Erklärung abgegeben, daß sie unbedeutende Beweise für die Echtheit ihrer Unterlagen besitzen und nötigenfalls auf bevorstehende Dementis mit der Veröffentlichung dieser Beweise antworten würden. Man wird abwarten müssen, was hierüber herauskommt. Die innere Wahrscheinlichkeit spricht allerdings schon heute für die Echtheit der Dokumente, die alljährig auch durch die übrigen bekannten Tatsachen bestätigt werden und auch alljährig in dem Geiste gehalten sind, den wir aus den geheimen Abmachungen des französischen und belgischen mit dem englischen Generalstab aus der Vorkriegszeit zur Genüge kennen.

Herr Dr. Stresemann wird im übrigen bei der bevorstehenden Völkerverbandsratstagung in Genf ja die beste Gelegenheit haben, gleichgültig, wie die Dinge weiter verlaufen, sich bei seinem französischen Kollegen Briand über den wahren Stand der Dinge zu erkundigen. Gerade angesichts der Tatsache, daß in der letzten Zeit erneut sehr hartnäckige Gerüchte davon lauten, daß im Zusammenhang mit den Pariser Reparationsbesprechungen auch die Aussprache über die weiteren Auswirkungen der Locarno-Politik, d. h. über die Räumung in bestimmter offizialer Form, wieder ins Rollen gekommen sei, gibt einem vortrefflichen Anlaß zu der Rückfrage, inwieweit in Frankreich die Politik des Auswärtigen Amtes mit der des Kriegsministeriums übereinstimmt. Was nun alle friedlichen Versicherungen des Quai d'Orsay und seines hervorragenden Leiters Briand, wenn in der Stille der französischen Generalstab doch alles das laboriert, was in der Öffentlichkeit für den europäischen Frieden gefährlich!

## Entlarvte Kriegspolitik.

Offizielle englische Erklärung in Berlin. — Dementi in Brüssel und Paris. — Rechtfertig Locarno Aufmarschpläne?

Berlin, 28. Februar.  
Nach einer Mitteilung aus zuständiger Stelle hat die englische Botschaft in Berlin eine Erklärung abgegeben, wonach im Jahre 1927 kein englisch-belgisches Abkommen geschlossen worden sei. Es hätten auch keine Besprechungen zwischen den Generalstäben stattgefunden.

Wie zu erwarten war, wurde auch von belgischer und französischer amtlicher Stelle das Bestehen eines Geheimpaares in Abrede gestellt. Zugabe wird jedoch, daß im Jahre 1920 ein Vertrag abgeschlossen worden ist und daß man dem Völkerverband darüber Mitteilung gemacht habe. Von belgischer Seite wird noch betont, daß die militärischen Ausführungsbestimmungen wegen ihrer Natur geheim blieben.

Aus den Dementis geht demnach hervor, daß der Vertrag tatsächlich besteht und daß weiterhin militärische Abmachungen getroffen wurden, die man nicht preisgeben will. Es wird sich nun darum handeln, festzustellen, wie weit die militärischen Abmachungen gehen und ob die belgischen Veröffentlichungen den Tatsachen entsprechen. Die holländische Regierung hat bereits in Brüssel und Paris angefragt, inwieweit die Veröffentlichungen auf Tatsachen beruhen.

Die Presseerörterungen sind weiterhin äußerst lebhaft und erregt. Die holländischen Blätter zweifeln nicht an der Echtheit des Dokuments und fordern eine klare Aufklärung dagegen, daß Holland zum Schlichter in einem Krieg zwischen Belgien-Frankreich einerseits und Deutschland andererseits gemacht werde. Belgiers beschränken sich die Kommentare in der englischen Presse, von denen das „Morning Post“ herorgehoben sei. Darin heißt es, daß aufgrund der Locarno-Verträge die beteiligten Staaten Vorbehalte treffen müßten, damit sie bei der Notwendigkeit eines Eingreifens sofort einen guten Aufmarschplan zur Verfügung hätten. Hier dienen also die Locarno-Verträge dazu, um einen deutsch-feindlichen militärischen Aufmarschplan zu realisieren.

## „Formale Prüfung“ durch den Völkerverband.

Aus Genf wird mitgeteilt, daß man dort nur den Notenaustausch der belgischen und französischen Regierung über den Vertrag von 1920 vorliegen habe, während der Vertrag selbst unbekannt sei. Auch über die Ausführungsbestimmungen habe man keine Mitteilung erhalten. Es werde formal unterzucht werden müssen, ob gegen den



**Wissel** ist das Vorkommen zweier Verhältnisse, wobei die nach dem Verträge nur dann Gültigkeit haben, wenn sie in ihrem vollen Wortlaut in Genuß niedergelegt worden sind.

**Reichspräsident und Stahlhelm.**  
Sindenburg bleibt Ehrenmitglied des Stahlhelms.

**Berlin, 27. Februar.**  
Ueber die Befreiung des Reichspräsidenten mit den beiden Bundesführern des Stahlhelms, Rüdiger von Bennigsen, am 27. Februar 1929 wird von unternährter Seite folgende Mitteilung gegeben:

Der Reichspräsident hatte im Zusammenhang mit dem von preussischen Ministerpräsidenten im Landtag gegen den Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, erhobenen Vorwürfen, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen. In der Befreiung beim Reichspräsidenten bewahrten sich die Führer des Stahlhelms gegen die vielfach in der Öffentlichkeit gegen den Stahlhelm verbreiteten Unterstellungen und die heutige Fälligkeit seiner Kündigungen. Zwar lände der Stahlhelm in Opposition zu dem gegenwärtig in Deutschland herrschenden parlamentarischen System und seiner Verfassung. Er hätte aber stets betont, daß der Stahlhelm keine Ziele auf dem Wege verfolgte. Beiläufig sei in Nr. 4 der Bundeszeitschrift "Der Stahlhelm" vom 20. September 1928 der Bundesführer der Bundesführer darauf hin, daß in diesem Aufsatz nur von dem persönlichen Zusammenhänge des alten Soldaten zum obersten Kriegsherrn die Rede sei, und daß mit diesen Ausführungen schärfer festgestellt werden sollte. Der Stahlhelm sei niemals eine Partei gewesen, sondern ein Verein, dessen Zweck sei die Förderung der Interessen der Frontkämpfer.

Der Reichspräsident nahm diese Erklärung mit Befriedigung entgegen und gab die Versicherung ab, daß er aus seiner Kenntnis der Ziele des Stahlhelms, dem er seit langen Jahren als Ehrenmitglied angehört, keine andere Sanktion erteilen werde.

Der Reichspräsident hat dem Reichsanwalt und dem Reichsminister des Innern von dem Verlauf der Aussprache mit dem Stahlhelmsführern Kenntnis gegeben und hinzugefügt, daß er bei jeder Gelegenheit seinen Willen äußern werde, seine Beziehungen zum Stahlhelmsführern in der besten Weise zu pflegen. In der Erklärung steht, daß die Beziehungen zum Stahlhelmsführern in der besten Weise zu pflegen. In der Erklärung steht, daß die Beziehungen zum Stahlhelmsführern in der besten Weise zu pflegen. In der Erklärung steht, daß die Beziehungen zum Stahlhelmsführern in der besten Weise zu pflegen.

**Der Unterausschuß für die Naturalisierungen.**  
Vor großen Tagen der Youngs-Konferenz.

**Paris, 26. Februar.**  
Der am Montag von den Sachverständigen eingeleitete Ausschuss für Naturalisierungen hat sich zum erstenmal mit dem Amerikaner Perkins als Vorsitzenden, Vogler, Deutschländer, Parmentier, Frankreich, Güt-Belgien, Schwed-Italien und einem englischen Mitglied.

In diesem Zusammenhang erklärte "Erektor", die deutsche Abordnung habe bisher keine aufbauenden Vorschläge gemacht. Da man nicht wisse, was Deutschland wirtschaftlich zahlen könne und wolle, seien die Sachverständigen gezwungen, die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen. Es wäre also wünschenswert, die Sachverständigen zu befragen und sie durch Mängel zu erfragen.

Das "Petit Journal" erklärt, wenn der französischer Ausschuss die Teilung der Sachverständigen in zwei Teile habe vorsehen können, deren einer nicht gelöst sei, so gehe daraus hervor, daß die deutschen Sachverständigen sich vielleicht der künftigen Mobilisierung des freien Patentgesetzes nicht widersetzen würden. Auf jeden Fall würde man die großen Tage der Konferenz nähern.

**Die Organisation der Kopsbacher.**  
Leinwand Heines sagt aus ...

**Stettin, 26. Februar.**  
Im weiteren Verlauf der Konfessionsverwaltung im Kopsbacher Werksbetriebe, mag die Hauptaufgabe des Leinwand a. D. Heines, eingehende Angaben über die Organisation der Kopsbacher.

Zunächst ist die Tätigkeit des Heines nach dem nächsten Umstände bei der Leitung des Kopsbacher Schmelz, dem man im Besonderen, Verrat begehen zu wollen. Dieser Verrat hätte sich vor allem auf eine Werbung des Heines um die Kopsbacher, die darin gipfelte, Schmid habe gesagt: "Ich weiß nicht, ob ich die Massen an die Kommunisten oder an die Entente anzuwerben soll."

Bei dem bekannten nächsten Mitarbeiter des Schmid durch den Wald habe er, Heines, das Gefühl gehabt, der Gefangene wolle ihn angreifen. Er habe zum Revolver gegriffen und geschossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung ist Heines dann dem Mitarbeiter der Kopsbacher von Gilitrow nachkommen. Nachstehend ist erklärt, daß die Kopsbacher sich Subjektive als Soldaten fühlen mußten.

Bei dem bekannten nächsten Mitarbeiter des Schmid durch den Wald habe er, Heines, das Gefühl gehabt, der Gefangene wolle ihn angreifen. Er habe zum Revolver gegriffen und geschossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung ist Heines dann dem Mitarbeiter der Kopsbacher von Gilitrow nachkommen. Nachstehend ist erklärt, daß die Kopsbacher sich Subjektive als Soldaten fühlen mußten.

Bei dem bekannten nächsten Mitarbeiter des Schmid durch den Wald habe er, Heines, das Gefühl gehabt, der Gefangene wolle ihn angreifen. Er habe zum Revolver gegriffen und geschossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung ist Heines dann dem Mitarbeiter der Kopsbacher von Gilitrow nachkommen. Nachstehend ist erklärt, daß die Kopsbacher sich Subjektive als Soldaten fühlen mußten.

Bei dem bekannten nächsten Mitarbeiter des Schmid durch den Wald habe er, Heines, das Gefühl gehabt, der Gefangene wolle ihn angreifen. Er habe zum Revolver gegriffen und geschossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung ist Heines dann dem Mitarbeiter der Kopsbacher von Gilitrow nachkommen. Nachstehend ist erklärt, daß die Kopsbacher sich Subjektive als Soldaten fühlen mußten.

**Severing über Stahlhelm und Front.**  
Debatte im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach Reichstagsminister Severing am 26. Februar über die Beziehungen des Stahlhelms über seine Haltung zum Staat erwar. Die Regierung sei gewillt, gegen solche Verurteilungen einzutreten, aus denen das Vertrauen herabgesetzt werden könnte und der Bevölkerung von heute sowie dem Parlamentarismus das Genuß zu beseitigen. Das habe Ministerpräsident Brüning in der Reichstags-Sitzung am 27. Februar erklärt. Das gleiche

je nach für den Reichspräsidenten. Das für mich" erklärte der Minister, "Männer, die zum Kampf gegen die Verfassung rufen, können nicht mehr in ihren Beamtenstellungen bleiben können, sollte für alle Parteien selbstverständlich sein."

**Preußens Bevölkerung wird gesünder.**  
Todesfallziffern sinken im Landtag.

Der Preussische Landtag begann gestern die zweite Beratung des Gesetzes über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus- und Paratyphus-Epidemie. Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, Dr. Brauns, erklärte, daß die Typhus- und Paratyphus-Epidemie in Preußen im Jahre 1928 weit weniger verheerend war als in den vorhergehenden Jahren.

**Aus dem Inn- und Justizministerium.**  
Zusammentritt des Großen Reichstages.

**Bonn, 26. Februar.**  
Der Große Reichstag trat am 26. Februar in der Reichshausung zusammen. Der Reichspräsident nahm die Sitzung unter der Leitung des Reichskanzlers Dr. Brüning vor.

Der Große Reichstag trat am 26. Februar in der Reichshausung zusammen. Der Reichspräsident nahm die Sitzung unter der Leitung des Reichskanzlers Dr. Brüning vor.

Der Große Reichstag trat am 26. Februar in der Reichshausung zusammen. Der Reichspräsident nahm die Sitzung unter der Leitung des Reichskanzlers Dr. Brüning vor.

**Das Amt der Reichskanzlerin.**  
Vorläufig keine Aenderung der Verrichter.

**Bonn, 26. Februar.**  
Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Die neuen Kabinetsminister haben ihren Vorschlag nach dem Amt der Reichskanzlerin vorgetragen. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt.

**Freien.** Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.

Aus Anlaß der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 25. Februar ermahnte der Magistrat und das 2. Oberbürgeramt den Magistrat und den Magistrat, die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidel und Oberführer a. D. Sindenburg, zu einer Aussprache zu sich geladen.



### Die Laufbahn eines Raubmörders.

Der Prozeß gegen Hopp.

= Werden, 20. Februar.

Der Prozeß gegen den **Eilzugraubmörder Emil Hopp**, der im September 1928 den Direktor Nordmann aus Delmenhorst im **Elz** ...

Gefunden sind 30 Leugen und sechs Fingerabdrücke. Auf einer schwarzen Tafel ist das fragliche Eisenbahnabteil aufzeichnet. Auf dem Tisch liegen die Kleidungsstücke und Schuhe des ermordeten Nordmann, sowie andere Reiseutensilien des Ermordeten. Der 30-Jährige alte Hopp wird von zwei Kriminalbeamten gefesselt.

auf die Anklagebank geführt. Seine Aussagen zur Angelegenheit, die auf Nord in Tateinheit mit schwerem Raub laute, macht er sehr klar, wie er überhaupt einen äußerst intelligenten Eindruck hinterläßt. Hopp ist wohl ein bedeutend mit Gehirnsinn und Zugkraft wegen schweren Diebstahls, Hehlerei, Falschmünz, Betrugs und Mötigung vorbestraft. Er soll aber keine Verbrechen begangen haben.

Der Prozeß gegen den **Eilzugraubmörder Emil Hopp** wurde zunächst mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Hoppes Verteidigung behauptet, daß er sich der Einzeltat seiner Tat nicht mehr erinnern will, während er früher ziemlich klare Angaben gemacht hat.

Agonisiert seit 14 Jahren vor sich in dem Gefängnis, in dem der gewaltige Mord vor sich ging, bestand, hat beobachtet, wie Hopp mehrmals den Mord aufsuchte, dann schließlich gar nicht mehr in Vorhaben den Zug verließ. Es ist ihm wohl aufgefallen, er habe diesen Dingen aber keine besondere Bedeutung beigelegt. Hopp ist ihm überhaupt als ein sehr zügelloses Mensch vorgekommen.

Der Direktor der Delmenhorster Fabrik, **W. J. J.**, hat als erster die Geiße des Ermordeten als die des Direktors Nordmann erkannt. Er schilderte Nordmann als einen ruhigen und besonnenen Menschen. Der Kriminalkommissar **F. M. S.** ...

daß der Angeklagte nach seiner Meinung ein ziemlich gutes Gedächtnis habe.

Sodann erhielten die Sachverständigen das **W.**, **W.**, **W.** ...

**Lokalfahrer im Eisenbahnwagen.** Der dann in dem auf dem Bahnhof Werden stehenden Nordmann vorgenommenen Lokalfahrer brachte eine eingehende Interrogation in der Frage zusammen. ...

### Codesstraße für Hopp.

Der Raubmörder Hopp wurde am Dienstagabend 9 Uhr vom Schwurgericht Werden a. A. zum Tode und Verkürzung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

### Die neue Kältewelle.

Der Rhein frisst! — Eisgang auf der Elbe. — Die Dittsch-Schiffahrt auf lange Zeit stillgelegt. — Hochwassergefahr auch an der Donau.

Die schon seit einigen Tagen gemeldete neue Kältewelle hat nun fast ganz Deutschland erfasst. ...

Das Wasser des Rheins ist in einem langsamen Steiger begriffen. ...

Auch von der Dittsch werden wieder neue Frostspitzen gemeldet. ...

### Nachlässe eines Handwerkers.

In den Letzt. Neuen Nachr. vom 10. 2. 1929 erläßt ein Handwerker nachstehenden Nachricht: „Ich bin seit 20 Jahren selbständig, arbeite mit ein paar Gehilfen, zahle pünktlich meine Steuern und Lieferanten. ...

### Wirtschaftlicher Wehenbericht.

Mitgeteilt von der Grozentr.-Kommunalrat, Magdeburg, durch die Staatsbank für A. B. a. O. Der Wehenbericht des Reichsbank letzte ein Verfall...

berlangten Kapitalanlage um 226,7 Mill. Mark auf 1618 Mill. Mark. ...

— **Zinszuschüsse zum Bau von Reichshilfsstellen für Land- und Forstbauer.** ...



„Wenn aber ein Betrieb steigenden Nutzen abwirft, dann stimmt alles! Oder nicht? ...

„Sie nichten wieder und Reich sagte: „Natiürlich!“ ...

„Bitte, aber gern,“ lagten diele und Karl Wetter legte sich neben Sohr. ...

„Schon gehen,“ rief ihm Sohr zu. ...

„Bitte, aber gern,“ lagten diele und Karl Wetter legte sich neben Sohr. ...

„Bitte, aber gern,“ lagten diele und Karl Wetter legte sich neben Sohr. ...

„Schon gehen,“ rief ihm Sohr zu. ...

„Bitte, aber gern,“ lagten diele und Karl Wetter legte sich neben Sohr. ...

„Bitte, aber gern,“ lagten diele und Karl Wetter legte sich neben Sohr. ...



# Parlamentarismus.

## Stresemann über die Verantwortlichkeit der Minister.

Am Berlin, 27. Februar.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern vormittag in Berlin zu einer außerordentlich stark besuchten Tagung zusammen. Die von dem Vorsitzenden, Reichsminister Dr. Stresemann, eröffnet wurde, der zunächst der seit der letzten Tagung verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes sowie anderer bekannter Persönlichkeiten der Partei gedachte.

Darauf nahm Dr. Stresemann das Wort zur politischen Lage

und führte u. a. aus: Die jüngste Einberufung des Zentralvorstandes mag ungewöhnlich erscheinen. Die Berufung innerhalb weniger Tage hängt mit meiner Abreise nach Genf zusammen. Aber auch sonst würde eine Aussprache über die Verhältnisse im Reich und in Preußen notwendig gewesen. Sinn und Zweck unserer heutigen Aussprache ist nicht nur ein Rückblick auf die Vorgänge im Reich und in Preußen. Nach einer Darlegung des bisherigen Verlaufs der Koalitionsverhandlungen erklärte Dr. Stresemann zur allgemeinen Lage,

man sollte sich nicht darüber täuschen, daß man in einer Krise des Parlamentarismus liege.

Die schon mehr als eine Retourstafette ist. Zwei Ursachen habe diese Krise: einmal das Zerbröckeln, das aus dem parlamentarischen System in Deutschland geworden ist, zum anderen die völlig falsche Einstellung des Parlamentes in Bezug auf seine Verantwortlichkeit gegenüber der Nation. Parlamentarisches System bedeutet, so erklärte Minister Dr. Stresemann weiter, die Verantwortlichkeit des Reichsministers gegenüber dem Parlament, das ihm mit Mehrheit das Vertrauen entziehen und ihn zur Amtsniederlegung zwingen kann. Nirgendes bedingt diese Bestimmung, daß der Minister Parteiemann sein muß, nirgendes bedingt die Vereinerung der Ministerie nach der Größe der Fraktionen.

nirgendes bedingt sie die Heberung des Regierens vom Kabinett auf die Fraktionen.

Die Ernennung des Ministers erfolgt durch den Reichspräsidenten. Am übrigen liegt der Eintritt wie das Ausschließen der Minister von ihrer persönlichen Verantwortlichkeit abhängt. Der Minister erklärt, er werde sich persönlich gegen die Annahme des Amtes, daß eine Fraktion ihre Minister „zurückziehe“. Die Minister hätten für sich selbst die Frage zu beantworten, ob sie ihr Amt annehmen oder aufgeben wollten. Der Reichstag könne ihnen das Vertrauen entziehen, die Fraktion könne sie aus der Fraktion ausschließen, aber das „Zurückziehen“ von Ministern bedeute, daß in Wirklichkeit die Persönlichkeit nicht mehr bestehe, sondern

nur noch als Beauftragter irgendeiner Organisation ersehe. Die Auffassung sei das Ende des Liberalismus überhaupt. Man spreche von der Notwendigkeit, die Rechte des Reichspräsidenten zu verkleinern. Es heiße aber das Ansehen des Reichspräsidenten und ihn als einseitige Entscheidungsinstanz hinzustellen, wenn ohne jede Erörterung über die Auffassung des Reichspräsidenten erklärt werde, daß diese oder jene Minister ernannt werden müßten. Dr. Stresemann betonte unter lebhaftem Beifall, er sei überzeugt, daß

manche Krise in dem Augenblick zu Ende wäre, wo ein Ministerrat des Reichspräsidenten erfolge

und die Kabinettsbildung aus den Verhandlungen der Fraktionen herausgenommen würde. Aus der gegenwärtigen Lage ergäben sich nachfolgende Konsequenzen: Ein Rücktritt der Reichsregierung könne nicht in Betracht kommen. Andere Reichspräsidenten in Paris würden den notwendigen Stützpunkt geben, wenn sie in dem Augenblick, wo die Entscheidung über die Zukunft von Generationen träfen, den Zusammenbruch der Regierung sehen müßten. Er halte es für die Pflicht derjenigen Männer, die am Steuer ständen, auf ihrem Platz zu bleiben, auch wenn Sturmwellen über das Schiff spülten und die Mannschaften zur Meeresseite neigte.

Höher als die Rücktritt auf die Partei habe das persönliche Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat. Seiner Ansicht nach bestehe keine Möglichkeit, die heutige Regierung durch eine neue zu ersetzen. Zu bejahren sei naturgemäß die Frage, ob

die Ergänzung der heutigen Regierung mühsenswerter

sei. Daß eine solche Ergänzung nach der Richtung Hugenberg nicht in Betracht komme, sei wohl allseitiges Einverständnis. Ob sie nach anderer Richtung möglich sei, hänge für ihn nicht in erster Linie von persönlichen, sondern von sachlichen Voraussetzungen ab. Er würde sich heute noch freuen, wenn die Bildung einer festen Preußen-Koalition unter Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Deutschen Volkspartei zustande käme. Der Minister erläuterte weiter: Sind die Brücken einträglich abgebrochen und steht vor allem die Preußenfraktion selbst laßliche Bedenken, geht in die preußische Regierung einzutreten, so muß die Entwicklung im Reich lediglich auf Grund der Reichsinteressen erfolgen. Unter dem Vorbehalt vor allem die Verantwortlichkeit für die Ausgabenminderung des Reiches. Man quele die Steuerzahler wie eine Zitrone aus, hebe die Finanzämter zur Prügelung aller Wälder, pflanze den Säuren die Kuh weg, weil sie die Steuern nicht zahlen können. Von der Millarde werde heute so gelassen wie früher von der Million. Deutschland müsse zu einer Reform des Parlamentarismus kommen. Der Parteigeist müsse keine Grenze finden an den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Entwicklung. Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

### Beschluß des Zentralvorstandes.

Vertagung der Koalitionsverhandlungen bis nach den Pariser Verhandlungen.

Nach längerer Aussprache nahm der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei eine Entschließung an, in der die Haltung der Landtage und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage gebilligt wird. In Anerkennung des Wertes einer faktuellen Bindung in Form der Ganzen Koalition in Preußen soll nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris entsprechend dem Beschluß vom November 1925 die gleichzeitige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen angestrebt werden. Bezüglich des Eintrags in die Entschließung, daß die Steuerbelastung nicht nur nicht weiter verschärft, sondern gemildert werden müsse,

## Denkschrift-Debatte im Reichstag.

Am Berlin, 27. Februar.

Der Reichstag begann gestern die mit Spannung erwartete Debatte über die kommunistische Interpellation über die Denkschrift des Reichswehrministers Groener zur Panzerkreuzerfrage.

Abgeordneter Stoeter (Komm.)

begründete die Interpellation. Die Denkschrift sei außerordentlich interpellant und wertvoll, weil sie im Gegensatz zur offiziellen Friedenspolitik der deutschen Regierung die klaren Absichten der imperialistischen Politik zeige. Im Gegensatz zu den völkerverwundenden Reden der deutschen Minister offenbare sie den Kriegswillen und das Kriegsprogramm der deutschen Bourgeoisie. (Zustimmung der Komm. — Lachen bei den linken Parteien.) Die Denkschrift zeige ferner die Bereitschaft der deutschen Bourgeoisie, sich auch militärisch an dem geplanten Kriegszug der faschistischen Mächte des Westens gegen Rußland zu beteiligen. Die sozialdemokratische Partei befände sich in voller Zerklebung. Das politische Hochwasser habe ihr hoch in den Rücken, deshalb habe sie auch den Parteitag verschoben müssen. (Lachen der Sozialisten.) Das von Paul Löbe begründete Reichsbanner entwidle sich immer mehr zu einer Hilfstruppe der imperialistischen Wehrmacht. Zum Beweise dafür zitiert der Redner Ausführungen in der Reichsbannerzeitung, wonach auch Verbindungsritze zwischen den Deutschen und den Sozialdemokraten erwünscht seien. „Das ganze Deutschland müßte es sein“, so heiße es da. (Heiterkeit.) Nach der Groenerischen Denkschrift liege die Kriegsmöglichkeit nur im Osten, nicht im Westen. (Hört! hört! bei den Komm.)

Zur Beantwortung der Interpellation nahm darauf folgend

Reichsfinanzler Müller

das Wort. Er erklärte: Die Denkschrift des Reichswehrministers war lediglich als Gutachten des Reichswehrministeriums abgefaßt. Sie sollte ihrer Zweckbestimmung nach nicht veröffentlicht werden. Wie es möglich war, daß die Denkschrift der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, wird zuerst untersucht. Die Behauptung der Interpellation findet in der Denkschrift keine Stütze. Von irgendeiner Ausführungsplanung ist kein Wort überhaupt nicht die Rede, denn beim Bau des Panzerschiffes A handelt es sich bekanntlich nur um einen Entwurf. Es werde dem Abgeordneten Stoeter nicht gelingen, die guten Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie zu trüben. (Geißel und Zurufe der Komm.) Die Behauptung des Wehrfachmanns werde noch Gelegenheit bieten, die einzelnen Fragen des Abgeordneten Stoeter zu beantworten. Er wolle an dieser Stelle nur wiederholen, daß von den 700 Millionen des Wehrplans allein 500 Millionen amvansfähig seien.

Abgeordneter Stämpfer (Soz.)

erklärte, bezüglich des Panzerkreuzers halte die Sozialdemokratie an ihrem Standpunkt fest. Raum sei der Veröffentlichung der Denkschrift in England erfolgt, und schon sei von deutschnationaler Seite eine Hege gegen die Sozialdemokratie ausgegangen, ohne irgendeine Spur eines Beweises, weil jetzt in der Deutschnationalen Partei die Vera Hugenbergs herbeigeholt werden, um die Sozialdemokraten und Jural-Untersünder zurückzuführen. Der Begriff des Bundesrats werde heute in schamloser Weise zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht, während es sich in Wahrheit häufig um idealpolitische Beweggründe handle.

Abgeordneter v. Bettow-Borbeck (Dnt.)

gab der Genugtuung seiner Freunde darüber Ausdruck, daß der Reichsfinanzler die Interpellation in ablehnendem Sinne beantwortet habe. Unabsehbarkeit bei dem Reichsfinanzler nicht zugegeben, denn als Parteimann habe er die Vorlage über den Panzerkreuzer abgelehnt, die er selbst eingebracht habe. Der Redner trug den Reichsfinanzler, ob er zur Bekämpfung der Widerstände in seiner Partei bereit sei. Die Reichswehr solle für Experimente in einem Augenblick, wo politisches Radium einen jungen Mann auf offener Straße niedertrifft. (Große Unruhe bei den Kommunisten. Präsident Löbe: Durch den Ausdruck „politisches Radium“ kann sich doch hier niemand getroffen fühlen! — Beifert.)

Abgeordneter Bräuninghaus (D.V.P.)

erklärte, im Inland und auch im Ausland würde man es verstehen, wenn nach der Begründung der Interpellation und der erschöpfenden Beantwortung durch den Reichsfinanzler eine Beschränkung nicht mehr Zeitfragen hätte. Der Standpunkt der Parteien zu den Wehrfragen sei bekannt.

Vor Schluß der Debatte waren zwei Mißtrauensanträge der Kommunisten gegen das Gesamtkabinett und gegen den Reichswehrminister eingegangen.

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 3 Uhr: Abstimmung über die Mißtrauensanträge.

# Tornadoverwüstungen im Staate Mississippi. Das 700 Einwohner zählende Dorf Duncan im Staate Mississippi ist nach Berichten aus Clarabels durch einen Tornado zerstört worden. Abseu alle Gebäude sind zusammengestürzt. Es sind 10 Personen getötet und 35 verletzt worden.

# Der deutsche Dampfer „Dippe“ gesunken. Der 8000 Tonnen große deutsche Fracht- und Personendampfer „Dippe“ vom Norddeutschen Lloyd, der von Chile nach Antwerpen unterwegs war, ist nach einem Zusammenstoß mit einem englischen Dampfer bei Rath gesunken. Die Mannschaft, 70 Köpfe stark, wurde von einem belgischen Schlepper gerettet. Das englische Schiff ist hart beschädigt vor Anker gegangen.

# Revolveranschlag auf Dempsey. In Miami drang ein Unbekannter in das Schlafzimmer des Boxers Dempsey, der bei einem Freund wohnte, ein und forderte den Boxer auf, sofort aufzustehen. Dempsey leuzte er einen Revolver schuß auf Dempsey ab und verhandelt, bevor der Angreiffene sich wehren konnte. Dempsey ist unverwundet geblieben. Ein Privatdetektiv ist mit der Auffassung des Falles betraut worden.

# Anschlag auf ein polnisches Munitionslager. Im Munitionslager in der Nähe von Bromberg hat sich ein mit Brandstoff verpackter geheimnisvoller Mord ereignet. Das Lager wurde in der Nacht durch einen Schuß alarmiert und die Munitionskammer der Wache auf ein Gebäude gelenkt, aus dem helle Flammen schlugen. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es schließlich, trotz großer Hitzemangels, das Feuer zu löschen. In dem ausgebrannten Gebäude fand man die verfaulte Leiche des Wachtpostens des betreffenden Lagerabteilens; der Kopf war vom Kumpf getrennt. Man nimmt an, daß unbekannte Verbrecher den Wächter getötet und das Haus in Brand gesetzt haben, um das Munitionslager in die Luft zu sprengen.

## Schützenhaus



Am Sonntag,  
den 3. März,  
von nachm. 2 Uhr an:

## Grosser Preisskat

Es ladet freundschaftlich ein Der Schützenhauswirt.

## Ratskeller

Am Sonntag, den 3. März, abends 8 Uhr:

## Lumpenball

Eintritt 50 Pfg.! Tanz n frei!  
Um zahlreichen Besuch bittet Franz Koch.

Merk dir zwei Wörtchen — einprägsam

## Der Deutsche Rundfunk - das beste Programm

Die größte Funkzeitschrift — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N24

Verkauf von jetzt ab ständig bei Dachdeckermeister Robert Waener in Nebra:

## prima Rohfleisch und Wurstwaren sowie ff. Brühwürstchen. Arndt.

Haben Sie Interesse für wissenschaftliche Astrologie (Schicksalsforschung) Gratis senden wir Ihnen einführungshalber eine interess. Charakterbeschreibung und eine allg. Jahresdeutung über Ihr Schicksal im Jahre 1929 betr. Liebe, Ehe, Beruf, Reisen, Lotterie etc. Schreiben Sie unter Angabe Ihres Geburtsdatums und unter Beifügung eines beliebigen Unkostenbeitrages in Briefmarken sofort an den Universum-Verlag, Abt. 37 C, Berlin W 8 Schließfach 58 Viele Dankschreiben aus der ganzen Welt beweisen die Treffsicherheit unserer Deutungen. Bitte ausschneiden und eventl. weitergeben!

## Fa. H. Burghardt = Sangerhausen

### Spezialgeschäft für Fleischererei

empfecht zu billigsten Tagespreisen:

### la. getrocknete und gesalzene Därme

Gewürze, alle für den rationalen Fleischer-Betrieb infrage kommende Maschinen sowie sämtliche Fleischereibedarfsartikel

## Gämtliche Zeitschriften

des In- und Auslandes, auch Verzeichnisse in alphabetischer wie:

Der Bergfried	Familienherb
Das Buch für Alle	Der Hausfreund
Sie Die	Land und Leute
Der Helfer	Nach Feierabend
Deutsche Landw. Zeitung	Schöne Die
Notwendige	Sobalds Familienhilfe
Sport und Gesundheit	Wohlfahrt
Das Blatt der Hausfrau	u. v. u. v.

lietert schnell und ohne Aufschlag

## Buchhandlung Scharf, Nebra

Ohne Reklame kein Geschäft!



# Zeitraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamittel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 26

Donnerstag, den 28. Februar 1929

42. Jahrgang

## Geheimpaakt!

### Französisch-belgisches Bündnis gegen Deutschland — trotz Locarno!

— Saarg, 25. Februar.  
Das „Aftreichische Dagblad“ ist durch besondere Umstände in den Besitz eines französisch-belgischen Militärpattes aus dem Jahre 1920 gelangt und bringt eine diesbezügliche sensationelle Veröffentlichung, die geeignet ist, großes Aufsehen hervorzuheben. Die belgische Regierung hat bis zur Stunde das Bestehen dieses belgisch-französischen Abkommens, das sich gegen Deutschland, Holland und Italien richtet, nicht dementiert. Holländischen Blättern zufolge bejagt das Geheimabkommen folgendes:

1. Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Belgien seine gesamte Macht zur Verfügung Frankreichs stellen. Im Falle eines Krieges zwischen Belgien und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Frankreich seine gesamte Macht zur Verfügung stellen.
2. Dieses Abkommen bezieht sich nicht nur auf die Abgrenzung, sondern auf jeden Angriff auf einer anderen Grenze.
3. Frankreich und Belgien mobilisieren sofort ohne Vorbedingung, sobald ein von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützter Staat mobilisiert, sobald der in den gegenwärtigen Verträgen und Abkommen über die internationalen Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite festgesetzte Status vorliegt.
4. Belgien verpflichtet sich, eine Militärmacht von 60 000 Mann halb aktiver, halb Reservekräften zu mobilisieren, Frankreich verpflichtet sich, Belgien auf belgischem Boden mit mindestens 120 000 Mann halb aktiver und halb Reservekräften zu Hilfe zu kommen.
5. Die Truppen beider Länder werden gleichzeitig einen raschen und festigen Angriff in der Weise beginnen, daß Deutschland gezwungen wird, im Norden und Süden gegen die gemeinsamen Front zu kämpfen.
6. Die Generalstäbe der beiden Länder werden stets die nötige Fühlung für die Vorbereitung dieser Maßnahmen unterhalten und mindestens einmal im Jahre zu Besprechungen über das Abkommen zusammenkommen.
7. Das Abkommen gilt für 25 Jahre mit einjähriger Kündigung und wird bei Stillfälligkeit automatisch um weitere 25 Jahre verlängert. Beide Länder verpflichten sich, kein Militärabkommen einzugehen und keinen diplomatischen Akt zu unterzeichnen, der dieses Abkommen aufheben würde. Im Falle eines Krieges wird kein Einschießer geschlossen.
8. Der Wortlaut dieses Abkommens ist streng geheim zu halten.

Die holländischen Zeitungen bemerken hierzu, daß die Frage des Geheimabkommens bestimmt im Parlament erörtert werden würde, da der Antwerpener Bürgermeister eine Interpellation darüber einbringen wollte.  
In den von den französischen und belgischen Generalstäben aufgestellten „Interpretationsbestimmungen“ wird dem „Aftreichischen Dagblad“ zufolge zunächst unter Hinweis auf das englisch-belgische Abkommen vom 7. Juli 1927 ausgedrückt, daß sich die möglichen Gegner Belgiens auf Deutschland und Holland und die möglichen Gegner Frankreichs auf Italien und Spanien beschränken lassen. In den Bestimmungen geht weiter hervor, daß auch die englische Beteiligung an dem Pakt vorzuziehen ist.

Es werden dann in ausführlicher Weise Verhandlungen in Ansehung des Abkommens zwischen Deutschland, Frankreich und Holland oder mit Italien aufgeführt, wobei u. a. ein Einfall in das Ruhrgebiet, ein Einmarsch in holländisch-Flandern sowie ein gemeinsames Operieren in holländisch-Flandern in Aussicht genommen werden. Weiter werden noch Einzelheiten über die Kriegsstärke der französischen und belgischen Streitkräfte und die Ansetzung bzw. den Ausbau von Eisenbahnlinien für militärische Zwecke festgelegt.

## Berlin fordert Aufklärung!

### Locarno ein Fehlen Papier?

Die Veröffentlichung des französisch-belgischen Militärpattes hat in Berlin außerordentlich überauscht. Man erklärt dort an zuständiger Stelle, schon seit 1920 ist es bekannt gewesen, daß zwischen Frankreich und Belgien ein Geheimabkommen militärischer Art bestesse. Vorläufig könne man aber noch nicht glauben, daß die außerordentlich bedeutungsvollen Ausschließungsbestimmungen erst nach Abschluß des Locarno-Paktes abgeschlossen worden seien. Jedenfalls erwartet man, daß die Reichsregierung Aufklärung fordern wird.

Aus den ausländischen Pressekommentaren muß geschlossen werden, daß man weder in Frankreich noch in Belgien das Abkommen als jetzt dementiert hat. Ein Teil der französischen Presse kritisiert das Bestehen des Abkommens ab und erdreistet sich sogar, von einem belgischen „Schwänzer“ zu sprechen. Die holländischen Zeitungen enthalten sich noch einer Stellungnahme. Auch die belgischen Blätter scheinen sich lo ziemlich aus. Ein offizielles Dementi ist in Brüssel gleichfalls noch nicht ausgegeben worden. Die englischen Blätter berichten, soweit sie überhaupt Stellung zu dem Pakt nehmen, daß das Militärabkommen schon seit 1920 bekannt sei und aus den damaligen Beschäftigten durchaus begriffen werden könne. Man glaubt aber nicht daran, daß nach Abschluß



geht allein schon aus dem Wortlaut der erwähnten Meldungen hervor. Diese weisen zwar ihrerseits, ebenso wie die in Paris herausgegebenen amtlichen Verlautbarungen darauf hin, daß die im Jahre 1920 zwischen Frankreich und Belgien getroffenen Vereinbarungen ordnungsgemäß dem Völkerverbund zur Kenntnis gebracht worden seien. Andererseits gestehen sie aber auch ein, daß der wesentliche Teil dieser Vereinbarungen, nämlich die Abmachungen zwischen den französischen und belgischen Generalstäben, den Charakter eines Geheimabkommens tragen und also der Genfer Organisation natürlich nicht unterbreitet worden sind.

Wir kennen derartige Vereinbarungen zwischen Generalstäben zur Genüge aus der Zeit vor dem Kriege. Gerade solche, hinter dem Rücken der Politiker abgeschlossene Abkommen haben sich als die verhängnisvollsten Dreibünde zum Ausdruck des großen Weltkrieges gezeigt. Für die Politiker sind derartige Abmachungen ungenehmigbar. Sie können sie jederzeit als unbekannt dementieren und abschütteln, wodurch jedoch ihre Verheerung in der Welt aus dem letzten Kriegeszeiten und aus den Kriegsjahren ist in allen Ländern zur Genüge bekannt geworden, was es bedeutet, wenn die geheime Sonderdiplomatie der Militärs die offizielle Politik der Länder übersteigt und nach und nach auf Wege treibt, an die die eigentlichen, verantwortlichen Leiter der Länderverwaltungen nicht gedacht haben.

Was in dem nunmehr entthüllten belgisch-französischen Abkommen das interessante ist, das ist die Tatsache, daß in einem Augenblick, in dem durch die Locarno-Verträge und den Kellogg-Pakt neue Wege zur Sicherung des Friedens gestellt werden, die ausschlaggebenden militärischen Stellen zweier großer europäischer Mächte ihre Schritte gegenüber allen friedensbewegenden der Regierungen dadurch auf das klare Beweisen, daß sie an den alten Methoden unerschütterlich festhalten und also auf dem Wege derartiger Geheimabkommen da erneut Konfliktstoffe und Konfliktmöglichkeiten schaffen, wo alles andere sich bemüht, diese aus der Welt zu schaffen und ihnen jedenfalls, falls doch eines Tages schwere Reibungen entstehen sollten, ihre alte Schärfe durch Schiedsverträge und objektive Schiedsgerichtsbarkeit zu nehmen.

Es ist gerade dieser Umstand, der dazu zwingen wird, daß man sich in der gelamten internationalen Öffentlichkeit sehr eingehend mit dem Text dieser Abmachungen beschäftigt. Wenn Frankreich und Belgien ihre Abmachungen auch wieder einmal in äußerlich freudiger Angst in jeder Hinsicht gegen das durch den Versailler Vertrag zu einem militärischen Übergang einverleibte Deutschland gerichtet haben, so ist doch der ganze Geist, der aus diesen Abmachungen spricht, ein derartig heimtückisches Attentat gegen die Friedensbemühungen der offiziellen Politik, daß man in keiner Weise scharf genug davon Abstand nehmen kann. Hier werden getrotzt militärische Vereinbarungen getroffen, die alle Stipulationen der Völkerverbundsparte rü-

ckungslos über den Haufen rennen, alle jene Stipulationen, die durch die Einleitung von Schiedsstimmungen und bestimmten Fristen dahin wirken wollen, daß dem Ausbruch irgendwelcher Feindseligkeiten eine genügende Zeitpause und genügende Rechtsmittel dazwischengelegt sind, um die erhiteten Gemüter wieder zur Ruhe kommen, um einen friedlich friedlichen Ausgang des Konfliktes möglich werden zu lassen.

Trotz aller französischen und belgischen Dementis wird also die internationale Öffentlichkeit nicht umhin können, sich in Paris und Brüssel nach weiteren offiziellen Informationen anzuhaken. Die holländischen Blätter, die den Wortlaut der Geheimdokumente veröffentlicht haben, haben außerdem die Erklärung abgegeben, daß sie unbestreitbare Beweise für die Echtheit ihrer Unterlagen besitzen und nötigenfalls auf bevorstehende Dementis mit der Veröffentlichung dieser Beweise antworten würden. Man wird abwarten haben, was hierbei herauskommt. Die innere Wahrscheinlichkeit spricht allerdings schon heute für die Echtheit der Dokumente, die allzusehr auch durch die übigen bekannten Tatsachen bestätigt werden und auch allzusehr in dem Geiste gefaßt sind, den wir aus dem geheimen Abmachungen des französischen und belgischen mit dem englischen Generalstab aus der Vorkriegszeit zur Genüge kennen.

Herr Dr. Stresemann wird im übrigen bei der bevorstehenden Völkerverbundssitzung in Genf ja die beste Gelegenheit haben, gleichgültig, wie die Dinge weiter verlaufen, sich bei seinem französischen Kollegen Briand über den wahren Stand der Dinge zu erkundigen. Gerade angesichts der Tatsache, daß in der letzten Zeit erneut sehr hartnäckige Gerüchte davon sprachen, daß im Zusammenhang mit den Versailler Reparationsbesprechungen auch die Ansprache über die weiteren Auswirkungen der Locarno-Politik, d. h. über die Räumung in bestimmter offizieller Form, wieder ins Rollen gekommen sei, gibt eine vortreffliche Anhalt zu der Klagefrage, inwieweit in Frankreich die Politik des Auswärtigen Amtes mit der des Kriegsministeriums übereinstimmt. Was nützen alle friedlichen Versicherungen des Quai d'Oran und seines hervorragenden Leiters Briand, wenn in der Stille der belgischen Generalstab doch alles das laboriert, was in der Öffentlichkeit für den europäischen Frieden gefährlich!

## Entlarvte Kriegspolitik.

Offizielle englische Erklärung in Berlin. — Dementi in Brüssel und Paris. — Rechtfertigt Locarno Aufmarschpläne?

→ Berlin, 26. Februar.

Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle hat die englische Botschaft in Berlin eine Erklärung abgegeben, wonach im Jahre 1927 kein englisch-belgisches Abkommen geschlossen worden ist. Es hätten auch keine Besprechungen zwischen den Generalstäben stattgefunden.

Wie zu erwarten war, wurde auch von belgischer und französischer amtlicher Stelle das Bestehen eines Geheimpattes in Abrede gestellt. Zugabe wird jedoch, daß im Jahre 1920 ein Vertrag abgeschlossen worden ist und daß man dem Völkerverbund darüber Mitteilung gemacht habe. Von belgischer Seite wird noch betont, daß die militärischen Ausfühungsbestimmungen wegen ihrer Natur geheim blieben.

Aus den Dementis geht demnach hervor, daß der Vertrag tatsächlich besteht und daß weiterhin militärische Abmachungen getroffen wurden, die man nicht preisgeben will. Es wird sich nun darum handeln, festzustellen, wie weit die militärischen Abmachungen gehen und ob die belgischen Veröffentlichungen den Tatsachen entsprechen. Die holländische Regierung hat bereits in Brüssel und Paris angefragt, inwieweit die Veröffentlichungen auf Tatsachen beruhen.

Die Presseerörterungen sind weiterhin äußerst lebhaft und erregt. Die holländischen Blätter zweifeln nicht an der Echtheit des Dokuments und fordern eine öffentliche Erklärung dagegen, daß Holland nach Schlichtung bei einem Kriege zwischen Belgien-Frankreich einerseits und Deutschland andererseits gemacht wurde. Belgieners bezeichnend sind die Kommentare in der englischen Presse, von denen das der „Morningpost“ herorgehoben sei. Darin heißt es, daß auf Grund der Locarno-Verträge die beteiligten Staaten Vorbehalte treffen müßten, damit sie bei der Notwendigkeit eines Eingreifens sofort einen guten Aufmarschplan zur Verfügung hätten. Hier dienen also die Locarno-Verträge dazu, um einen deutschfeindlichen militärischen Aufmarschplan zu rechtfertigen.

## „Formale Prüfung“ durch den Völkerverbund.

Aus Genf wird mitgeteilt, daß man dort nur den Notenaustausch der belgischen und französischen Regierung über den Vertrag von 1920 vorliegen habe, während der Vertrag selbst unbekannt sei. Auch über die Ausschließungsbestimmungen habe man keine Mitteilung erhalten. Es werde formal untersucht werden müssen, ob gegen den